



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/129 - 13. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 "TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT" 43

Von Herbert Wehner, MdB

Stellvertr. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2 Atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan? 50

Belgrad bezieht positiv Stellung

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

3 , Donaufahrten und Flüge nach China 49

100000 Bewohner der CSR dürfen in diesem Jahr ins Ausland

4 - 5 Blick auf Spanien 88

Strömungen und Möglichkeiten des Widerstandes gegen Franco

\* \* \*  
\* \*

"TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT"

Von Herbert Wehner, MdB

Stellvertr. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Feiern zur Erinnerung an die Erhebung des 17. Juni 1953 in der sowjetischen Besatzungszone werden in diesem Jahre auch im Zeichen der Genfer Verhandlungen stehen. Noch immer ringen Ost und West miteinander um die Lösung jener Probleme, die schon am 17. Juni 1953 Hintergrund und Anlaß zu der Freiheitsbewegung waren. Daran zu denken und sich der Opfer zu erinnern, die der 17. Juni forderte, wird der Inhalt der Feiern sein.

Wir nennen den 17. Juni "Tag der deutschen Einheit". Dieser Tag soll die Verbundenheit mit den deutschen Menschen in jenen Teile unseres Vaterlandes zum Ausdruck bringen, die nicht frei sind. Er soll uns Mahnung und Gelöbnis sein, immer wieder für die unverzichtbare Forderung auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Volkes einzutreten.

Entscheidend dafür, ob wir dieses Ziel in Frieden und Freiheit erreichen werden, sind nicht nur Gelöbnisse und feierliche Ansprachen. Wir werden gerade jetzt, da Berlin in Gefahr ist und die Spaltung Deutschlands und Europas deutlicher wird als je zuvor, sehr gründlich darüber nachdenken müssen, welche Politik zur Überwindung eben dieser Spaltung notwendig ist.

Bisher sind wir diesem Ziele nicht nähergekommen. Es erhebt sich daher die Frage, ob wir wirklich alles eingesetzt haben, ob wir die weltpolitischen Realitäten richtig beurteilten, oder ob wir nicht nur theoretische Vorstellungen entwickelten, für die es kein Echo mehr gibt.

Der 17. Juni soll das Gemeinsame im deutschen Volk ansprechen. Dieses Gemeinsame ist unser Wille, das Werk der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu vollenden. Wir sagen aber ganz bewußt, daß die Gemeinsamkeit nicht nur ihren Widerhall an einem Tage im Jahre finden darf. Sie kann zum Ausdruck der deutschen Politik nur werden, wenn sie als Ergebnis einer ständigen Zusammenarbeit die politische Praxis befruchtet.

Wenn wir der Opfer des 17. Juni 1953 gedenken, müssen wir uns auch fragen, ob wir wirklich alles getan haben, um dieser notwendigen Zusammenarbeit gerecht zu werden. Nur, wer vorbehaltlos mit "Ja" antworten kann, nur, wer von sich sagen darf, daß er in den vergangenen Jahren bereit war, auch andere als seine eigenen Ideen zu prüfen, nur der leistet die von uns allen geforderte Arbeit zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes.

Wir müssen auch den Mut haben, die Fehler der Vergangenheit einzusehen und sie zu überwinden. Was uns von der Einheit entfernt hat, ist untauglich; es sollte der Vergangenheit angehören. Was neue Wege eröffnen könnte, sollten wir mit Mut aufgreifen. Nur dann kann der "Tag der deutschen Einheit" Wirklichkeit werden.

## Atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Auf dem Balkan überschlagen sich gegenwärtig die Initiativen, die zur Bildung einer atomwaffen- und raketenfreien Zone beitragen möchten. Der albanischen Anregung Chruschtschows folgte aus Athen der Markesinisplan. In Bukarest wiederholte die rumänische Regierung den alten Vorschlag ihres Ministerpräsidenten Kivu Stoica, eine Konferenz aller Regierungschefs der Balkanstaaten einzuberufen.

Diese Neufassung der Bukarester Initiative war noch nicht offiziell im Belgrader Aussenministerium eingegangen, als Staatschef Tito den jugoslawischen Standpunkt zur zukünftigen Balkanpolitik darlegte. Folgendes sind die jugoslawischen Vorstellungen:

1. Jugoslawien unterstützt den Plan, auf dem Balkan eine atomwaffen- und raketenfreie Zone zu schaffen. Marschall Tito trat in diesem Zusammenhang der in letzter Zeit besonders in Athen geäußerten Meinung entgegen, man müsse in Fragen der Beschränkung von Atomwaffen und Raketen zu einer globalen und nicht nur begrenzt territorialen Lösung gelangen. Unter diesem Aspekt muss somit wohl auch der stark unterstrichene Hinweis gewertet werden, dass die Raketenbasen in Italien die jugoslawische Sicherheit bedrohten.
2. Tito hat die Hand zum "zwischenstaatlichen Waffenstillstand" mit dem Ostblock gereicht, jedoch ausdrücklich betont, dass sein Zustandekommen massgeblich von der Beachtung der Prinzipien der "gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" abhängig sei.

Diese Haltung Belgrads dürfte nur dort Überraschung auslösen, wo man vielleicht erwartet hat, die "zweite Runde" der ideologischen Auseinandersetzung werde Jugoslawien prinzipiell davon abhalten, bestimmte Vorstellungen der sowjetischen Aussenpolitik zu unterstützen. Wahrscheinlich wird man besonders in Athen über diese deutliche und schnelle Stellungnahme Belgrads nicht gerade sehr glücklich sein. Denn wieder einmal wird damit die Hauptlast der Verantwortung für das eventuelle Scheitern eines jeden Verhandlungsversuches auf die griechische Regierung verlagert.

Im Gegensatz zu dem ersten Vorschlag Kivu Stoicas vom September 1957 ist diesmal von vornherein der Bereich der Motive, mit denen Athen ein Treffen der Regierungschefs ablehnen kann, eingeengt worden. Bukarest will jetzt nur noch einen kollektiven Sicherheitsvertrag zwischen den Balkanstaaten diskutiert wissen, der die Stationierung von Atomwaffen- und Raketen verhindern soll. Die Existenz der NATO und des Warschauer Paktes bleibt dagegen unangetastet.

Da sich selbst die recht griechische Opposition mit dem Markesinisplan für solche Lösungen initiativ eingesetzt hat, wird die innere Stellung der Regierung Caramanlis gegen die in dieser Frage geeinte rechte und linke Opposition nicht gerade stärker. Und sollte man auf eine moralische oder gar politische Unterstützung aus Belgrad gehofft haben, so sieht man sich zusätzlich getäuscht. Belgrad ist zwar weiterhin an dem guten Verhältnis zu Griechenland gelegen, es will jedoch nicht für das Scheitern zumindest des Versuches verantwortlich sein, den Balkan zu einer atomwaffen- und raketenfreien Zone zu machen. + + + - 3 -

Donaufahrten und Flüge nach China

rh. - Das Auslandsprogramm des Prager staatlichen Reisebüros Cedok umfasst in diesem Jahre nicht nur Donaufahrten, sondern auch Touristenflüge mit den aus der Sowjetunion bezogenen Düsenverkehrsflugzeugen TU 104 nach China. Fahrten auf der Donau werden bis zum Juli nach Budapest unternommen. Vom August an gehen die Donaufahrten auf der Vorkriegsroute der Österreichischen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft bis zum rumänischen Donauhafen Giurgiu und zum bulgarischen Donauhafen Russe. Ein Teil der Reisenden fährt dann weiter bis zum bulgarischen Schwarzmeerbahnhof Warna, der andere Teil in das rumänische Seebad Konstancia. Der Aufenthalt am Schwarzen Meer wird 16 Tage dauern und die Rückreise wird per Bahn angetreten. Auf der Donau kehren andere Reisende nach Pressburg zurück, die vorher eine Bahnfahrt durch Rumänien unternommen hatten. Die Flugreise nach China, die über Moskau und die mongolische Hauptstadt Ulanbator geht, dauert vier Wochen, vorgesehen sind bisher drei solche Reisen.

Im vergangenen Jahr durften 86 000 Bewohner der Tschechoslowakei Auslandsreisen unternehmen, in diesem Jahr werden es rund 100 000 sein. Die CSR wurde im Vorjahr von 55 000 Touristen aus den Ostblockländern und von 22 000 Gästen aus westlichen Ländern besucht. Auch da rechnet man damit, dass sich die Zahl der ausländischen Besucher auf 100 000 erhöhen wird. Nach den diesjährigen Plänen werden 45 000 Personen in die Sowjetzone reisen dürfen, die damit fast die Hälfte aller Auslandsreisenden aus der CSR aufnehmen wird. Nach Bulgarien werden 20 000 fahren und nach Rumänien 13 000.

Neben Bulgarien kommt in diesem Jahr auch Rumänien mit Prag besser ins Geschäft, denn das rumänische Touristenschiff "Transylvania" hat sich zu einer Attraktion für Auslandsfahrten der CSR entwickelt. Es wird im Juni, September und Oktober ausschliesslich für CSR-Touristen einige Mittelmeerfahrten unternehmen und im Juli eine gemeinsame Schwarzmeeresfahrt für die Satellitenstaaten durchführen. Für Schwarzmeeresfahrer aus der CSR steht auch das sowjetische Touristenschiff "Peter der Grosse" zur Verfügung, Cedok arrangiert ferner Fahrten nach dem sowjetischen Schwarzmeeresbad Sotschi. Zum ersten Mal sind Wolga-Fahrten vorgesehen, für die die Touristenschiffe "Wolga" und "Ukraina" zur Verfügung stehen. Diese Schiffe wurden in der slowakischen Donauwerft in Komorn gebaut.

Das Programm für Westreisen ist bisher nicht sehr bunt. Es handelt sich vor allem wie im vergangenen Jahr um Besuche von Messen und Ausstellungen. Neben Wien, das auch bereits im Vorjahr während der Messe besucht wurde, sind diesmal als Reiseziele Paris und Mailand vorgesehen (gleichfalls während der Messe). Die weiteren Westfahrten sollen sich erst nach den entsprechenden Anlässen ergeben, allzuvielen Personen werden daran nicht teilnehmen können. Dagegen will Prag in diesem Jahr den Versuch unternehmen, für Schüler von Fach- und Mittelschulen im Alter von über 15 Jahren kurze Auslandsreisen nach Abschluss des Schuljahres einzuführen. Obwohl es sich dabei lediglich um Reisen in die Sowjetzone, nach Polen und Ungarn handelt, wird die heranwachsende Jugend zum ersten Mal nach dem Kriege die Möglichkeit erhalten, wieder an Schülerfahrten ins Ausland teilzunehmen.

Blick auf Spanien

ED - Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der spanische Staatsoberhaupt Franco in naher Zukunft eine Reihe von Ministern seiner Regierung auswechseln. Dies hat nichts mit einer "Liberalisierung" des autoritär-faschistischen Regimes zu tun, sondern ist einfach eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen innerhalb der tragenden Gruppen der spanischen Diktatur. Der Caudillo, der vor zwei Jahren eine Reihe von führenden Vertretern der katholischen "Opus Dei"-Gruppe in die Regierung aufgenommen und dadurch die falangistische Fraktion nahezu zur Bedeutungslosigkeit verurteilt hatte, versucht in letzter Zeit das Prestige der Falangisten zu heben. Da er wie alle Diktatoren seine Position nur durch ein ständiges Ausbalancieren der verschiedenen Machtfaktoren im eigenen Lager bewahren kann, muss er tunlichst darauf bedacht sein, dass keine von ihnen zu stark wird.

Wie man weiss, haben die Vertreter des "Opus Dei" alle Anstrengungen unternommen, um im Falle des Ablebens des Caudillo die beherrschende Macht in Spanien zu sein. Ihr Ziel ist die Errichtung einer rein klerikalen und ständischen Diktatur. Gegner des Franco-Regimes haben die Befürchtung ausgedrückt, dass unter Umständen eine Herrschaft des "Opus Dei" noch gefährlicher und noch bedrückender sein könnte als die ohnehin schon gewaltsame Staatslenkung Francos. Es bleibt die Frage offen, wer auf den Caudillo den stärkeren Einfluss haben wird.

Gespaltener Klerus

Es mehren sich die Anzeichen, dass bedeutende Kreise der Katholischen Kirche eine entschiedene Distanzierung sowohl von Franco als auch von "Opus Dei" anstreben. Dies mag nicht zuletzt ein Ergebnis der Haltung des Vatikans sein, der sich weigert, dem Regime geistige Schützenhilfe zu leihen. So haben zum Beispiel hohe baskische Geistliche, darunter mehrere Äbte, den Antswaltern des Regimes in letzter Zeit heftigen Widerstand entgegengesetzt. Aus diesem Grunde nimmt es nicht Wunder, wenn in den Konzentrationslagern Francos die Zahl der inhaftierten Geistlichen immer mehr zunimmt. Es ist verständlich, dass angesichts der Schwierigkeiten der zivilen Opposition aller Schattierungen, sich gegenüber der Geheimpolizei Francos zu behaupten, der Druck des gequälten Volkes auf seine Geistlichkeit zunimmt, in der Hoffnung, es sei dieser Möglichkeiten an die Hand gegeben, dem Regime wirkungsvoll zu widerstehen. Es hiesse allerdings den Einfluss der unteren und mittleren Geistlichkeit überschätzen, wollte man allein von ihnen eine durchgreifende Besserung erwarten. Denn immer noch paktiert leider das Gross der hohen katholischen Würdenträger Spaniens mit dem Regime, wenn auch die Mehrzahl von ihnen eine gewisse Reserve eingenommen hat.

Falange mit "sozialrevolutionärem Tarnstrich"

Die Falangisten, deren Einfluss auf die Massen mehr als gering geworden ist, sind bemüht, sich durch einen gewissen "sozialrevolutionären Tarnstrich" als eine Gruppe hinzustellen, die beileibe nicht alle Massnahmen Francos billigt und den "klerikalen" Einfluss bekämpft. Nun, die Spanier wissen, was sie von solchen Anbietungen zu halten haben. Bis-

13. Juni 1959

her ist es der Falange nicht gelungen, sich als neuen Machtfaktor in der Diktatur zu qualifizieren. Das könnte sich zwar in gewissem Masse ändern, wenn Franco selbst als "OSAF" des spanischen Faschismus ihnen etwas grösseren Spielraum gäbe. Man hat immer wieder gehört, innerhalb der Falange seien "linke Tendenzen" spürbar geworden. Ob dies stimmt, ist schwer zu sagen, und die Informationen darüber gehen stark auseinander. Zumal zu bedenken ist, dass sämtliche möglichen Führer und Persönlichkeiten eines "linken Falangismus" entweder schon während des Bürgerkrieges oder danach auf Befehl Francos liquidiert wurden. Vom Falangismus selbst eine Revolte gegen den Caudillo zu erwarten, dürfte also illusorisch sein: Jedenfalls im Augenblick.

#### Die Linksoption

Der Kampf der Linksoption wird durch eine Reihe von Faktoren stark gehemmt. Ihre bürgerlichen Kräfte sind in Gruppen zerspalten, deren innere Differenzen besonders hinsichtlich der Auffassungen über die Struktur des nach-francistischen Spaniens eine geeinte Front gegen den Caudillo fast unmöglich machen. Mit Ausnahme der Kommunisten, die über eine intakte Untergrundorganisation verfügen, stellen die Sozialisten zur Stunde die einzige geeinte Widerstandsbewegung dar. Ihr Wirken aber kann nur dann zum Erfolg führen, wenn auch andere politische Gruppen der Kampf gemeinsam mit ihnen aufnehmen. Die Kommunisten haben sich strikt geweigert, sich in eine antifrancistische Widerstandsfrent einzureihen, es sei denn, die anderen Gruppen würden sich der Führung der kommunistischen Partei unterordnen.

#### Kein Widerstand in der Armee

Von der Armee eine Unterstützung zu erwarten, dürfte ausserhalb der realen Betrachtung liegen. Das Regime hat ihr so viele macht- und gesellschaftspolitische Vorteile eingeräumt, von denen die spanischen Militaristen früher nur zu träumen wagten, so dass nur wenige im Offizierskorps bereit wären, auf ihre Vorzugsstellung zu verzichten und Kontakt mit den Gruppen des Widerstandes aufzunehmen.

Die Monarchisten endlich haben, trotz gegenteiliger Beteuerungen, ihren Frieden mit Franco gemacht, zumal sie hoffen, der Nachfolger des Caudillo sei in der Person des präsumptiven Thronfolgers Juan zu sehen.

Hinzu kommt, dass die aussenpolitische Lage die Position Francos zu festigen scheint. Schon sind die Überlegungen im vollen Gange, die eine Eingliederung Spaniens in die NATO anstreben. Die wirtschaftliche Situation dagegen, zu deren Besserung das Regime in den Jahren seiner Herrschaft nicht gelangt ist, verschlechtert sich immer mehr. Es ist nicht ausgeschlossen, dass hier der Funke glimmt, der Franco den tödlichen Schlag versetzen könnte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel